

Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg

Wassergasse 12
78333 Stockach am Bodensee

E-Mail: mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de
Internet: www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de

Oktober 2017

Rundbrief 3/2017

Nach IQB-Ergebnissen für Baden-Württembergs Grundschüler: Wieviel Schuld hat Gemeinschaftsschulpädagogik? – Digitalisierung keine Lösung

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde und Kollegen,

eine Reihe von Ereignissen der vergangenen Wochen hat uns bewogen, uns erneut mit einem Rundbrief an Sie zu wenden.

Die Schülerzahlen für das neue Schuljahr zeigen, dass die Gemeinschaftsschulen des Landes auf eine geringer werdende Nachfrage stoßen. Während die Anmeldezahlen an den Gymnasien (von 43,0 auf 43,9 Prozent der Fünftklässler) und den Realschulen (von 34,5 auf 35,1 Prozent der Fünftklässler) leicht gestiegen sind, sanken sie bei den Gemeinschaftsschulen von 16,1 auf 14,8 Prozent. An rund der Hälfte der Gemeinschaftsschulen des Landes hatten sich weniger als 40 Schüler für die 5. Klasse angemeldet. Hätten diese Schulen neu als Gemeinschaftsschulen beginnen wollen, hätte man die Genehmigung wegen zu geringer Schülerzahl versagen müssen. Der Anteil der Schüler an Gemeinschaftsschulen zusammen mit dem an den Haupt- und Werkrealschulen des Landes liegt damit bei den früheren Übergangszahlen an die Haupt- und Werkrealschulen. Auch von der Schülerschaft her sind die Gemeinschaftsschulen vor allem Haupt- und Werkrealschulen – nun aber viel teurer und mit anderem Namen und anderer Pädagogik. **Wieviel Sinn macht es da, dieser Schulart eine gymnasiale Oberstufe beizugeben, wo doch ausreichend Oberstufenplätze an den Gymnasien und beruflichen Gymnasien des Landes – auch für die Schüler der Gemeinschaftsschulen mit einem guten Realschulabschluss – zur Verfügung stehen und die weitere Vermehrung der Abiturientenquote höchst fragwürdig ist?**

Während die Kultusministerin die neuen Zahlen knapp kommentierte, «Man kann daran [an den Zahlen] ablesen, dass die Gemeinschaftsschulen an Zuspruch verlieren», wurde ihr von der SPD-Opposition vorgeworfen, sie trage die Schuld an diesem Rückgang. In der Landtagsdebatte vom 12. Oktober wurden diese Vorwürfe erneuert.

Wir stellen hierzu fest: Die grün-rote Koalition hatte 2011 die Gemeinschaftsschule zu ihrem bildungspolitischen Prestige- und Kernprojekt erklärt. Sie wollte damit die Schullandschaft in Baden-Württemberg radikal umkrempeln. Da zu erwarten war, dass das ideologisch aufgeladene Projekt in der Realität ganz anders aussehen würde, wurde alles im Eiltempo durchgezogen. Erprobungsphasen und echte Leistungsvergleiche mit anderen Schularten wurden verweigert. Statt dessen sollten alle Schularten die fragwürdige Pädagogik der Gemeinschaftsschulen, die «Neue Lernkultur», übernehmen. Der ursprüngliche Plan war, aus allen Schulen «Gemeinschaftsschulen» zu machen – auch aus den Realschulen und den Gymnasien des Landes.

In den vergangenen 5 Jahren haben aber Eltern, Schüler und Lehrer feststellen müssen, dass die Pädagogik der Gemeinschaftsschulen nicht zu den versprochenen Lernfortschritten bei Kindern und Jugendlichen und schon gar nicht zu mehr Gerechtigkeit beigetragen haben. Im Gegenteil, die Methoden des «individualisierenden Lernens» («selbstgesteuertes Lernen» mit Arbeitsblättern, Computern und Wochenplänen), der Zwang zur «Heterogenität» («Vielfalt macht schlauer» war der Titel einer Werbebroschüre des Kultusministeriums), die Auflösung des Unterrichts in Klassengemeinschaften, die Umwidmung des Lehrers zum Lernbegleiter, die Abkehr von Noten und Klassenarbeiten für alle usw. haben vielen Kindern und Jugendlichen geschadet.

Das war der Grund, warum sich Eltern des Landes im April 2016 mit einer von mehr als 100 Eltern unterschriebenen Anzeige (siehe Anlage 1) an die Öffentlichkeit gewandt und eine Elterninitiative (*Elterninitiative Schule Bildung Zukunft*; www.elterninitiative-schule-bildung-zukunft.de) gegründet haben. Diese Elterninitiative hat sich am 7. Oktober in einer öffentlichen Veranstaltung in Böblingen vorgestellt (siehe Anlage 2).

2 Tage später, für den 9. Oktober, hatte das *Bündnis für humane Bildung* (www.aufwach-s-en.de/das-buendnis-fuer-humane-bildung/) zu einem Pressegespräch nach Stuttgart geladen. Dem Bündnis gehören namhafte

Wissenschaftler aus den Bereichen Kognitionsforschung, Entwicklungspsychologie und Pädagogik an. Das Bündnis war als Reaktion auf den im Oktober 2016 von Bundesbildungsministerin *Wanka* vorgeschlagenen *Digitalpakt#D* entstanden und wendet sich gegen die Pläne für eine Ablösung bewährter pädagogischer Grundsätze durch eine Digitalisierung des Unterrichts. Mit diesem Anliegen hatten Mitglieder des Bündnisses im November 2016 eine von zahlreichen Fachleuten unterstützte Petition, «Trojaner aus Berlin: Der Digitalpakt#D» (<https://bildung-wissen.eu/kommentare/trojaner-aus-berlin-derdigitalpakt.html>), initiiert, im Juni 2017 hatte sich das Bündnis mit einem offenen Brief an die Vorsitzende der Kultusministerkonferenz und die Kultusminister der Länder gewandt (www.aufwach-s-en.de/2017/06/ob_kmk_irrweg-der-bildungspolitik/). Obwohl die von den Fachleuten aufgeworfenen Fragen von großer Wichtigkeit sind, folgte neben einem Vertreter des *Philologenverbandes* und einer Vertreterin des *Arbeitskreises Schule und Bildung in Baden-Württemberg* nur ein Pressevertreter der Einladung. Wegen der großen Bedeutung des Themas haben wir unserem Rundbrief die 3 Medienmitteilungen zum Pressegespräch angehängt (siehe Anlage 3).

Viel Aufmerksamkeit haben die Ergebnisse der neuesten IQB-Studie gefunden, die am 13. Oktober veröffentlicht wurden. Das *Berliner Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen* (IQB) testete 2016 zum zweiten Mal nach 2011 bundesweit die Lernerfolge von Grundschulern der 4. Klasse in Mathematik, Rechtschreibung, Lesen und Hören. Am Test beteiligten sich rund 30000 Grundschüler aus mehr als 1500 Schulen. Für Baden-Württemberg ist das Ergebnis alarmierend. Wie schon bei VERA 8 und der IQB-Studie für Neuntklässler zeigen sich nun auch beim Lernstand der Viertklässler im Land deutliche Mängel. Die Grundschüler in Baden-Württemberg stehen in der vierten Klassen signifikant schlechter da als 2011.

Nun wird es wichtig sein, nach den Ursachen zu forschen und gegenzusteuern. Wir haben für Sie die Stellungnahme des *Philologenverbandes Baden-Württemberg* zur neuesten IQB-Studie angehängt (siehe Anlage 4) und finden, dass die Argumente dieses Verbandes der Gymnasiallehrer des Landes diskutiert werden müssen. Das gilt nicht weniger für die ebenfalls angehängte Stellungnahme des Präsidenten des deutschen Lehrerverbandes *Josef Kraus* (siehe Anlage 5).

Nicht zuletzt verweisen wir auf eine Aussage der Kultusministerin Frau Dr. *Eisenmann* in einem Interview mit der «Stuttgarter Zeitung» vom 14./15.10.2017. Auf die Frage: «Ist gemeinsamer Unterricht in der Grundschule nicht mehr umsetzbar?» antwortete sie: **«Wir brauchen mehr konzentrierten Unterricht mit klaren Ansagen, was gelernt werden soll und was geübt wird. Klassischer Unterricht ist bei heterogenen Gruppen sehr viel wichtiger. Freies Arbeiten ist bei heterogenen Gruppen gerade für die Leistungsschwachen ein Riesenproblem.»**

Dass die bislang noch von allen Parteien favorisierte Digitalisierung die Probleme unserer Schulen lösen wird, ist hingegen nicht zu erwarten. Im Gegenteil, wer glaubt, das gemeinsame Lernen in der Gemeinschaft einer Schulklasse, die Lehrer-Schüler-Beziehung und die gemeinsame Konzentration auf eine Sache durch digitale Steuerung und Kontrolle ersetzen zu können, begibt sich auf einen Irrweg.

Ist es nicht höchste Zeit, sich wieder auf bewährte Grundsätze der Pädagogik und Didaktik zu besinnen und das Lernen in der Schule zuallererst als eine vor allem menschliche und zwischenmenschliche Angelegenheit zu begreifen?

Mit freundlichen Grüßen



Karl-Jürgen Müller



Ewald Wetekamp

Anlagen:

1. «Was denken Eltern zur Bildungspolitik?», Anzeige in der «Stuttgarter Zeitung» vom 23./24. April 2016
2. Pressemitteilung der *Elterninitiative Schule Bildung Zukunft* vom 16.10.2017
3. Pressemitteilungen des *Bündnis für humane Bildung* vom 9.10.2017
4. Pressemitteilung des *Philologenverbandes Baden-Württemberg* vom 13.10.2017
5. *Josef Kraus*: «In der Grundschule Abgründe von Nichtkönnen» (14.10.2017)

Der «Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg» setzt sich aus Lehrern, Eltern und anderen an Bildungsfragen interessierten Bürgern zusammen. Seit 2012 nehmen wir immer wieder zu bildungspolitischen Fragen in Baden-Württemberg Stellung. Mehr über uns erfahren Sie auf unserer Internetseite: www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de.